

Senatsbeschlüsse

über die 201. Sitzung des Senats

am 26.02.2019, 11:15 Uhr

- 4881.) "Fahrraddiebstähle in Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 01)
(Vorlage 2743/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2743/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4882.) "MOIA allerorten – nur nicht in Bremen"
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 03)
(Vorlage 2744/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2744/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

Der dritte und vierte Absatz der Antwort auf Frage 2 werden durch den folgenden Text ersetzt:

„Ob das Angebot von MOIA dem Ziel des Senats dient, Verkehre vom motorisierten Individualverkehr auf den Umweltverbund zu verlagern, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Es könnte eine Verlagerung vom Umweltverbund zu MOIA eintreten und somit zusätzliche Pkw-Fahrten entstehen Studien in 7 amerikanischen Städten haben eine solche Verlagerung nachgewiesen. Diese Angebote sollten eine Ergänzung zum ÖPNV-Angebot darstellen und nicht Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad ersetzen.“

Außerdem ist in Bremen im Gegensatz zu Hamburg und Hannover der Taxenmarkt nicht ausgelastet, weshalb auch deshalb hiernegative Auswirkungen eintreten könnten.“

- 4883.) "Escape-Room-Locations in Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 05)
(Vorlage 2745/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2745/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4884.) "Immobilie 'Bunte Eiche'"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 06)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 21.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 21. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4885.) "Umbaumaßnahmen in der Donandtstraße"
(Anfrage der Fraktion der CDU - S 07)
(Vorlage 2746/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2746/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Am Ende der Antwort auf Frage 2 wird der folgende Text ergänzt:

„Die Umsetzungsplanung erfolgte in enger Abstimmung zwischen dem ASV und dem Beirat sowie den Anwohner*innen. Neben den Baumschutzbügeln wurden aus städtebaulichen Erwägungen abweichend der vorgestellten Variante auch Poller gesetzt. Darüber wurde das Einvernehmen mit dem Koordinierungsausschuss des Beirats hergestellt.“

- 4886.) "Höhe der Kita-Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 08)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4887.) "Wie weiter mit dem Neubau des KuFZ Am Nonnenberg?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 10)
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.02.2019 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 21. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4888.) "Übergangswohnheim Am Rastplatz"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - S 11)
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration
und Sport vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 1 wird das Datum „18. Februar 2018“ in „18. Februar 2019“ geändert.

- 4889.) "Umgang mit der Dokumentation von MRE-Patienten"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - S 12)
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und
Verbraucherschutz vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4890.) "Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 01)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4891.) "Islamisten in der JVA Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 02)
(Tischvorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 19.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Justiz und Verfassung vom 19. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4892.) "Verfassungswidrigkeit der Hofabgabeklausel"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 03)
(Vorlage 2760/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2760/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4893.) "Wie steht es um die sicherheitspolitische Kooperation mit nichteuropäischen Staaten"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 04)
(Vorlage 2744/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 2 werden im ersten Satz die Wörter „international anerkannter“ ersatzlos gestrichen.

4894.) "Nicht abgerufene Bundesmittel für Investitionen"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 05)

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis, dass die Anfrage vom Fragesteller zurückgezogen wurde.

4895.) "Versorgung von Früh- und Neugeborenen in Bremerhaven"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 06)
(Vorlage 2759/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ das Wort „eingeleitet“ durch das Wort „erfolgt“ ersetzt wird.
2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2759/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4896.) "Faire Verteilung der Mittel nach dem Glückspielgesetz im Sport"
(Anfrage der Fraktion der FDP - L 07)
(Vorlage 2755/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2755/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4897.) "Ausländische Pflegekräfte im Land Bremen"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 08)
(Vorlage 2747/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für
Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 20. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:

In der Antwort auf Frage 1 werden die Angaben der Schuljahre wie folgt geändert:

„2016/2018“ wird geändert in „2016/2017“ sowie „2018/2018“ wird geändert in „2018/2019“.

- 4898.) "Sachbeschädigung durch Farbschmierereien/Graffiti"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 09)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 20.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 20. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung:

Der letzte Satz der Antwort auf Frage 3 erhält die folgende Fassung:

„Die erfragten Werte der BSAG lagen bis zur Beschlussfassung nicht vor.“

- 4899.) "Versorgung von Neugeborenen in Bremerhaven verbessern und absichern"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 10)
(Vorlage 2761/19)
-

Beschluss:

3. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ das Wort „eingeleitet“ durch das Wort „erfolgt“ ersetzt wird.
4. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2759/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4900.) "Zahl der Sozialwohnungen im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 11)
(Vorlage 2748/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2748/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4901.) "Interkulturelle Seminare in der Fortbildung der Polizei"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 13)
(Vorlage 2749/19)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2749/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4902.) "Entgeltgleichheit von Frauen und Männern verwirklichen"
(Anfrage der Fraktion der SPD - L 15)
(Vorlage 2751/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ der letzte Satz wie folgt ersetzt wird:

„Die Verwirklichung der Entgeltgleichheit ist ein stetiges Ziel des Senats. Der Senat wird die Studie zum Anlass nehmen, um die Entgeltordnung des TV-L anhand der aufgeworfenen Argumente zu überprüfen.“

2. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2751/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

4903.) "Teilnahme von Senator Lohse an der Klimakonferenz in Kattowitz"
(Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) - L 16)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22.02.2019)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Tassis (AfD) für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4904.) "geschlechtergerecht 2028' - wird Kontinuität gewährleistet?"
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - L 17)
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4905.) "Elternbeiträge für Krippen, Kitas und Horte im Land Bremen"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 18)
(Tischvorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 22.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 22. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4906.) "Sind IS-Kämpfer aus Bremen in der Demokratischen Föderation Nordsyrien / Rojava im Gefängnis?"
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 19)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 21.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 21. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Am Ender der Antwort auf Frage 1 wird der folgende Satz ergänzt:

„Zusätzlich befindet sich nach Erkenntnissen von Bundesbehörden eine weitere Frau aus Bremen im nördlichen Syrien in Haft.“

- 4907.) "Asylbewerber aus Maghreb-Staaten"
(Anfrage der Gruppe Bürger in Wut - L 20)
(Tischvorlage des Senators für Inneres vom 25.02.2019 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 25.02.2019)
-

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 25. Februar 2019 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Gruppe Bürger in Wut für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4908.) Benennung der Vertreterinnen und Vertreter für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 26. bis 28.02.2019
-

Beschluss:

Der Senat benennt für die Sitzung der Stadtbürgerschaft am 26. Februar 2019 Herrn Senator Dr. Lohse und Frau Bürgermeisterin Linnert sowie für die Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 27. Februar 2019 vormittags Frau Senatorin Dr. Bogedan und Herrn Bürgermeister Dr. Sieling und nachmittags Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt und Herrn Senator Mäurer sowie am 28. Februar 2019 vormittags Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt und Herrn Senator Dr. Lohse und nachmittags Frau Senatorin Dr. Bogedan und Herrn Senator Günthner zu seinen allgemeinen Vertreterinnen und Vertretern.

- 4909.) Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Senats am 19. und 20. Februar 2019 (Umlaufverfahren)
-

Beschluss:

Der Senat genehmigt die Niederschriften über seine Sitzungen am 19. und 20. Februar 2019.

- 4910.) "Erhöhte Wachsamkeit"
Sechster Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im
Lande Bremen 2013 - 2018
(Antrag der SPD und der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drs.
19/1438)
(Vorlage 2741/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

- 4911.) Umsetzung Programm "Zukunftsorientierte Verwaltung" (ZOV) "Optimierung
des bremischen Forderungsmanagements -
Entwicklung des Forderungsbestands / Altforderungen"
(Vorlage 2742/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2742/19 den Sachstandsbericht des Projektes „Optimierung des Forderungsmanagements“ zur Entwicklung der Forderungsbestände und der Sachstandsmeldungen der Ressorts zur Kenntnis.
2. Er bittet die Ressorts, die verbliebenen Altforderungen von insgesamt i.H.v. 12 Mio. € weiterhin konsequent abzubauen und der Senatorin für Finanzen vierteljährlich über den Stand zu berichten. Die Berichte der Ressorts sollten künftig neben den aktuellen Datenständen immer auch die bereits umgesetzten, aber auch die geplanten Maßnahmen für den Abbau der Altforderungen/ Forderungen enthalten.
3. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, die Ressorts auf Anforderung zu unterstützen und dem Senat Anfang des 3. Quartals über das Ergebnis (Alt- und Gesamtforderungsbestand per 30.06.2019) zu berichten.

4. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, das Projekt „Optimierung des Forderungsmanagement“ fortzusetzen, um den Forderungsabbau zu verstetigen und das Forderungsmanagement kontinuierlich weiter zu verbessern.

4912.) Entwurf des Gesetzes zur Anpassung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts des Landes Bremen (Bremisches Archivgesetz-BremArchivG) an die europäische Datenschutz-Grundverordnung (Vorlage 2750/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2750/19 den Entwurf des Gesetzes zur Anpassung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivgutes (Bremisches Archivgesetz – BremArchivG) des Landes Bremen an die Europäische Datenschutzgrundverordnung sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung noch in der März-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass
 - unter „D. Finanzielle...“ am Ende ergänzt wird:
„Keine Genderrelevanz.“
 - unter „E. Abstimmung“ nach dem Wort „Justiz“ die Wörter „und Verfassung“ ergänzt werden.

4913.) Besetzung des Aufsichtsrates der Governikus GmbH & Co. KG
(Vorlage 2753/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt, Herrn Dr. Martin Hagen und Herrn Dr. Martin Wind weiterhin und Herrn Dr. Nobert Schulz erstmalig für die Freie Hansestadt Bremen in den Aufsichtsrat der Governikus GmbH & Co. KG zu entsenden.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.

4914.) Fortsetzung der Ausbildungsgarantie - Bereitstellung von Landesmitteln für die Jahre 2019 - 2023
(Vorlage 2754/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 06.02.2019)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 6. Februar 2019 die Planungen zur Weiterentwicklung der Ausbildungsgarantie zur Kenntnis und bittet im weiteren Prozess, die inhaltliche Verknüpfung zur Jugendberufsagentur weiterhin sicherzustellen.
2. Der Senat stimmt dem geplanten Mitteleinsatz und dem Eingehen von Verpflichtungen bei Hst. 0305/684 60-0, Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsgarantie, in Höhe von 4.989.420 € zulasten der Jahre 2020 bis 2023 zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Mittel für die Fortsetzung der Ausbildungsgarantie in Höhe von 4.989.420 € durch Prioritätensetzung innerhalb der gemäß Finanzplanung 2017/2021 bereits beschlossenen Orientierungswerte des Produktplans 31 für die Jahre 2020 und 2021 darzustellen und sie

innerhalb der Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2022 ff. zu berücksichtigen.

4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung für die Jahre ab 2020 prioritär im Rahmen der Eckwerte des Produktplans 31 (Arbeit) sicherzustellen.
5. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

4915.) Änderung des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (BremVwVG) (Vorlage 2756/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres den Entwurf des "Gesetzes zur Änderung des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes" sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung noch in der März-Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

4916.) Planung eines Gewerbezentrums für Gründer aus dem Bereich Green Economy im Gewerbe- und Industriegebiet Lune Delta im süd- /westlichen Stadtgebiet von Bremerhaven
Hier: Beschluss über Planungsmittel für die Leistungsphasen 1 - 3 (Vorlage 2757/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2757/19 der Planung eines Gewerbezentrums für Gründungen im Bereich Green Economy zur Umsetzung im Gewerbegebiet Lune Delta und dessen Finanzierung in Höhe von 675.000 € im Rahmen einer GRW Förderung und in Höhe von

5.000 € aus Landesmitteln im Jahr 2019 zu.

2. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die haushaltsrechtliche Absicherung durch Beschlüsse der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ihn mit den Ergebnissen der Planung für das in Rede stehende Gründerzentrum erneut zu befassen.

4917.) Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2019
(Vorlage 2758/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2758/19 die Verordnung über abweichende Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonntagen in der Stadtgemeinde Bremen für das Jahr 2019 sowie die Ausfertigung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4918.) "Zeitnah studentischen Wohnraum durch produktives Zusammenwirken der öffentlichen Stakeholder schaffen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2762/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

4919.) Beschlüsse der (außerordentlichen) Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 21. Februar 2019

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der (außerordentlichen) Sitzung der Stadtbürgerschaft vom 21. Februar 2019 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 21. Februar 2019

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 22. Februar 2019)

Nr. 19/604 S

Die Erschließung des Rennbahn-Geländes muss ein neues Kapitel aufschlagen: Kein Flächenverkauf mehr, verbindliche Mitentscheidung der Beiräte!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/921 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/605 S

**Volksbegehren „Für unser lebenswertes Bremen – städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche“
Entwurf eines Ortsgesetzes über das städtebauliche Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche**

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2019
(Drucksache [19/922 S](#))
Die Stadtbürgerschaft lehnt das Ortsgesetz ab.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Stellungnahme des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/606 S

Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit, ökologische Aufwertung und Nutzbarmachung von Flächen für Naherholung und Sport, ein wesentlicher Beitrag für ein gutes Leben in unserer Stadt – deshalb das Rennbahnquartier entwickeln

Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Februar 2019
(Drucksache [19/927 S](#))

1. Die Stadtbürgerschaft nimmt die legitime Herausforderung der Initiatoren des Volksbegehrens offensiv an und setzt sich in den Wochen bis zur Abstimmung für ein „Nein“ zu der durch das Volksbegehren beehrten Null-Lösung ein.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert für den Fall der Ablehnung des Null-Lösungs-Volksbegehrens der Bürgerinitiative den Senat auf,
 - a) folgende Eckpunkte bei der weiteren Planung des Rennbahnquartiers zur Grundlage zu machen:
 - Eine verbindliche Festlegung, dass der circa fünf Hektar große Grünbereich im Nordosten des Geländes mit seinem Altbaumbestand erhalten bleibt. Im weiteren Planungsprozess werden weitere große Flächen für Grün/Gewässer, Freizeit und Sport geschaffen, sodass in der Konsequenz für Grün, Freizeit und Sport ungefähr die Hälfte der Flächen von Bebauungen freigehalten wird. Dabei sollen Gewässer und Grünflächen ökologisch aufgewertet werden.
 - Ziel der Planung ist es, auf der verbleibenden Resthälfte der Flächen ein Zukunftsquartier zu entwickeln mit bezahlbaren und innovativen Wohnangeboten. Es wird ein Mix unterschiedlicher Bebauungen angestrebt, der sowohl die Segmente Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser als auch maßvollen Geschosswohnungsbau sowie gegebenenfalls gebietsverträgliche Dienstleistungen umfasst. Insbesondere wird auch bauträgerfreies Bauen ermöglicht. In dem neuen Quartier werden keine Hochhäuser entstehen.
 - Die Orientierung an einer Größenordnung von rund 1 000 Wohneinheiten wird dabei berücksichtigt.
 - b) im Rahmen des weiteren Planungs- und Beteiligungsprozesses die zukünftige Baudichte in Abhängigkeit vom Mix der Gebäudetypen und Nutzungen zu konkretisieren und die Wünsche und Anregungen des Regionalausschusses Rennbahn aus seiner Sitzung vom 12. Februar 2019, insbesondere die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht und den sozialen Wohnungsbau

durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften, einzubeziehen; Ziel ist eine integrierte Planung unter Einbeziehung der infrastrukturellen Einbindung im Bremer Osten insgesamt.

- c) neben den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren breite Beteiligungsprozesse zu organisieren, die neben den Anrainern auch anderen wohnungsbaupolitisch Interessierten offenstehen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (Federführung) und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur weiteren Veranlassung.

- 4920.) "Wie gut ist das Bremer Verwaltungsverfahren bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2763/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2763/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4921.) "Roses in a Forbidden Garden - Erinnerung hat viele Facetten"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2764/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

4922.) "Lebensmittelverschwendung einschränken, sich an europäischen Nachbarn orientieren"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2765/19)

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

4923.) "Beratung von Schwangeren mit einem genetisch erkrankten Kind stärken"
(Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2766/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2766/19 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4924.) Verordnung über Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 21.02.2019)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 21. Februar 2019 die Verordnung über Landschaftsschutzgebietsverordnungen im Ortsteil Lüssum-Bockhorn der Stadtgemeinde Bremen nebst Karten sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4925.) "Umsatzsteuerbetrug auf Online-Plattformen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der FDP)
(Tischvorlage der Senatorin für Finanzen vom 22.02.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Finanzen vom 22. Februar 2019 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4926.) Mitantragstellung Bremens
Entschließung des Bundesrates zur Weiterentwicklung der
Pflegeversicherung
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und
Verbraucherschutz vom 22.02.2019)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 22. Februar 2019 die Mitantragstellung Bremens zu dem unter A. dargestellten Bundesratsantrag der Freien und Hansestadt Hamburg.

4927.) "Bremen braucht Wohnraum – auch in Seehausen"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25.02.2019)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 25. Februar 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion SPD zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4928.) Verleihung der Bremischen Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft an Frau Prof. Dr. Annelie Keil
(Tischvorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und der Senatskanzlei vom 19.02.2019)

Beschluss:

Der Senat beschließt, Frau Professor Keil in Würdigung ihrer Verdienste um die Wissenschaft die Bremische Senatsmedaille für Kunst und Wissenschaft zu verleihen.